

# Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Wochenspezifischer Abonnementspreis 0,75 RM.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände  
von  
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine  
(Hilfs-Vorstand)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz., 25 Pf., Familienanz., 15 Pf.,  
Vereinsanz., 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.  
Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4720.

Nr. 69/70.

Berlin, Sonnabend, 26. August 1916.

Achtundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis.

Vorarbeit für die Friedenszeit. — Vom gerechten Preise. — Die preisregulierende Tätigkeit der Konsumvereine. — Wohnung, Nahrung und Kleidung. — Allgemeine Rundschau. — Aus dem Verbände. — Literatur. Anfragen.

## Vorarbeit für die Friedenszeit.

Noch tobt der Weltkrieg mit all seinen Schrecken um uns in unverminderter Festigkeit. Die zahlreichen Feinde des deutschen Volkes haben ihre Anstrengungen bis zum höchsten Grade gesteigert, und zu gleicher Zeit auf allen Fronten versuchen sie, in gewaltigem Ansturm uns das wieder streitig zu machen, was durch die unerschütterliche Tapferkeit unserer Truppen in schweren Kämpfen gewonnen worden ist. Sie werden sich auch weiterhin an der ehernen Mauer die Köpfe blutig rennen. Trotz der schweren Blutopfer, die auch auf unserer Seite gebracht werden müssen, wird der endgültige Sieg sich an unsere Fahnen heften.

Ebenso wenig wie unsere Feinde durch die Gewalt der Waffen uns niederknien vermögen, werden sie uns, wie sie so gern getan hätten, durch den Hunger in die Knie zwingen. Unsere Ernte ist gut geraten; sie wird einen viel reicheren Ertrag liefern als im Vorjahre, und wenn die Maßnahmen der Behörden für eine gerechte Verteilung vernünftig getroffen werden, wenn keine Rücksicht auf die Sonderinteressen dieser oder jener Schichten genommen wird, dann wird auch der Auszubereitungsplan glücklich aufgefunden werden. Wir werden durchhalten trotz Mangel und Entbehrungen, die uns nun einmal nicht erspart bleiben können, weil wir den festen Willen haben und befehle sind von der Ueberzeugung, daß wir siegen müssen.

Auch unsere Feinde werden sich schließlich, so hart es ihnen auch fallen möge, zu dieser Erkenntnis durchdringen, und der Friede wird kommen, wenn auch die Auslichten augenblicklich noch gering erscheinen. Vielleicht hält er seinen Einzug früher als wir glauben. Auf alle Fälle ist es deshalb angebracht, sich auf die Friedenszeit zu rüsten. Das Reich hat bereits eine Stelle eingerichtet zur Beschaffung der nach dem Kriege am notwendigsten gebrauchten Rohstoffe. Handel und Industrie sind schon in fieberhafter Tätigkeit begriffen, um nach dem Kriege sofort die alten Beziehungen wieder aufnehmen und neue anknüpfen zu können. Auch andere Stellen sind eifrig am Werke, den Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft in möglichst ruhige Bahnen zu lenken. Kurzum, wohin man auch blickt, man denkt an die Friedensarbeit, wenn auch draußen, glücklicherweise jenseits der Grenzen, der Donner der Kanonen noch erschallt.

Die Vertretung der Arbeiter, ihre Organisationen, sind an diesen Vorarbeiten hier und da mit beteiligt. Liegt es doch auch im Interesse der Arbeiter, sich so schnell wie möglich wieder in geordnete Verhältnisse hineinzufinden. Das bedingt aber auch, daß die Organisationen ihre eigenen Einrichtungen schon jetzt wieder auf den Frieden einstellen. Die Gesichtspunkte, die dabei in Betracht kommen, sind sehr zahlreich. Wie wichtige Probleme ihrer Lösung entgegengeführt werden müssen, das hat ja am besten unser Verbandstag gezeigt. Alle die Fragen, die dort großzügig behandelt worden sind, spielen in die Friedenszeit hinüber. An ihrer erproblichen Lösung hat die Arbeiterklasse ein Lebensinteresse. Wenn wir aber eine geordnete Lösung erreichen wollen, wenn die Forderungen und Wünsche, die wir geäußert haben, Entgegenkommen finden sollen, dann müssen wir eine Macht bilden. Umso größer wird unser

Einfluß sein, je stärker das Heer der Gewerkevereinsanhänger ist. Deshalb müssen alle Gebel in Bewegung gesetzt werden, unsere Reihen zu stärken. Das muß jetzt unsere Vorarbeit für den Frieden sein. Die zahlreichen fahnenflüchtigen müssen wieder gesammelt werden, die in der ersten Aufregung des Krieges sich von uns gewandt haben. Dann aber gilt es, die Indifferenten heranzuholen, die vielleicht in der Kriegszeit erkannt haben, was die Organisation bedeutet. Und wenn sie es noch nicht wissen, dann muß man es ihnen klarmachen. Trotz der schweren Sorgen, die gerade den Arbeiterstand quälen, trotz der harten Arbeit, die jetzt jeder einzelne von uns auf sich zu nehmen hat, müssen wir auf die Gewinnung neuer Anhänger unablässig bedacht sein. An geeignetem Material zur Werbearbeit fehlt es nicht. Wir erinnern nur nochmals bei dieser Gelegenheit an die Schriften, die der Verbandstag herauszugeben beschloß: den Tätigkeitsbericht, die Schrift über die Frauenarbeit und das Heftchen, das die Fingerzeige für die Agitation enthält. Wichtige Waffen sind es, die hier den Kollegen in die Hände gegeben werden, die aber ihren Zweck verfehlen, wenn sie nicht benutzt werden. Deshalb möchten wir auch von dieser Stelle an alle Ortsverbände und Ortsvereine nochmals eine eindringliche Mahnung richten, die genannten Schriften zu bestellen, sie geeigneten und vorwärtsstrebenden Kollegen in die Hand zu geben und sie zu verwerten für die Verbreitung unserer Ideen.

Die jetzige Zeit darf nicht ungenutzt vorübergehen. Wenn wir unserer Organisation den Platz in der Arbeiterbewegung sichern wollen, der ihr zukommt, schon auf Grund der Erfahrungen, die der Krieg gezeitigt hat, dann gilt es fleißig die Hände rühren. Wenn nicht jetzt mit Volkstakt die Werbearbeit einsetzt, dann verpassen wir die Gelegenheit, und beschämt werden wir von unsern Kollegen, wenn sie aus dem Felde zurückkehren, den Vorwurf hinnehmen müssen, daß wir größtenteils unsere Pflichten verlegt haben, während sie alles daran setzten, des Vaterlandes Bestand zu sichern und alle die sozialpolitischen Einrichtungen, die in jahrelangen schweren Kämpfen erreicht worden sind. Soweit darf es nicht kommen. Offenen Mutes müssen wir unsern selbigen Kollegen in die Augen sehen können. Deshalb gilt es jetzt herauszutreten aus der Reserve und fleißig die Hände zu rühren. Wenn wir frisch aus Werk gehen und kleine Misserfolge nicht scheuen, dann muß und wird es uns gelingen, neue Mitglieder zu gewinnen und mit ihnen die Reihen wieder auszufüllen, die im Laufe des Krieges in unsere Reihen gerissen worden sind. Jeder ist verpflichtet, daran mitzuarbeiten, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, nach dem Kriege ganz an die Wand gedrückt zu werden. Wer den Wert unserer Sache erkannt hat, wer überzeugt ist, daß die Deutschen Gewerkevereine eine für die geordnete Entwicklung der Arbeiterbewegung notwendige Einrichtung sind, der darf diese Mahnung nicht unbeachtet lassen. Es gilt unsere Zukunft. Darum bleibe keiner zurück! Die Zeit des Krieges, die hoffentlich nicht mehr allzulange dauern wird, muß ausgenutzt werden zur Vorbereitung der Arbeit für den Frieden.

## Vom gerechten Preise.

e. Im gewöhnlichen Lauf des wirtschaftlichen Lebens bestimmen im wesentlichen Angebot und Nachfrage den Preis einer Ware. Kommen viele Käufer auf den Markt, so sinkt ihr Preis und umgekehrt. Bei sehr starkem Angebot kann mamentlich

eine Ware, die leichtem Verderben ausgesetzt ist, unter ihre Erzeugungskosten sinken. Dieses Auf und Ab bildet einen Teil der geschäftlichen Konjunktur. Seit Ausbruch des Krieges ist auch dieses Verhältnis, das fast auf einem wirtschaftlichen Naturgesetz zu beruhen schien, anders geworden. Wenigstens für eine Anzahl Waren. Zum Besten der allgemeinen Wohlfahrt hat die Reichsregierung gewisse für die Lebenshaltung wichtige Waren — Lebensmittel, Bekleidungsstoffe, Seife usw. — mit Beschlag belegt und bringt sie nach einem bestimmten Schlüssel unter Festsetzung von Höchstpreisen auf den Markt. Hier ist also Angebot und Nachfrage ausgeschaltet und damit Konjunkturgewinn und -verlust für den einzelnen Kaufmann und Händler gleichfalls. Er hat den festgesetzten Preis innezuhalten.

Aber auch wo keine Beschlagnahme stattfand und kein Höchstpreis gilt, sollen während des Krieges Angebot und Nachfrage den Preis nicht bestimmen. Der Preis soll sich vielmehr gestalten nach der Höhe der Erzeugungskosten einer Ware und den notwendigen Aufwänden des Handels, zuzüglich einem angemessenen Gewinn, der aber an der einzelnen Ware nicht höher sein darf als vor dem Kriege. Das besagt eine Bundesratsverordnung vom 23. Juni 1915, die sich gegen die übermäßige Preissteigerung richtet. Man wollte mit dieser Verordnung endlich den frustrierten Großhändler und kleinen Preistreibern das Handwerk verderben. Man befürchtete, daß ohne derartige Schutzbestimmungen die Preise für manche Lebensmittel und Gemüsepflanzen und andere Waren in das Ungemessene anschwellen würden. Die Kriegskonjunktur sollte also unter keinen Umständen preisbildend wirken. Wie wenig diese Forderung sich erfüllte, wird allgemein schmerzhaft empfunden.

Allerdings ist die Kontrolle sehr schwer. Die Erzeugungskosten eines Produkts sind in der Landwirtschaft mit Genauigkeit überhaupt nicht zu berechnen. Aber eines fällt dabei doch auf. Ein Ei kostet gegenwärtig in der Großstadt bis 35 Pf. und in den Dörfern der Umgebung annähernd das gleiche; Eier für 25 Pf. das Stück sind auch dort selten zu haben. Diese Preise stützen sich angeblich auf das teurer gewordene Hühnerfutter. Dessen Preis hat sich im Durchschnitt seit Kriegsbeginn etwa verdreifacht. Ein Hühnerhalter, der sämtliches Futter heute kaufen muß, könnte also als gerechten Preis für ein Ei heute mindestens das vierfache des Preises vom Sommer 1914 verlangen. Das wäre also etwa 25 Pf. Aber nicht alle Hühnerhalter sind genötigt, sämtliches Futter zu kaufen. Viele kaufen heute so wenig Geflügelfutter wie vor dem Kriege. Die Hühner suchen sich auf dem Gutshof, im Garten und Feld im wesentlichen ihr Futter selbst. Trotzdem kommen ihre Eier nicht wohlfeiler auf den Markt. Hier wird also die Kriegskonjunktur ausgenutzt. Nebenliches läßt sich auch auf anderen Gebieten beobachten. Glaubt man wirklich, daß die hohen Preise für Frühkartoffeln Ende Juli nur die Selbstkosten, zugleich Speise und angemessenen Gewinn — nicht Kriegsgewinn — zum Ausdruck bringen?

Ein geradezu auffälliges Beispiel, wie wenig die angeordnete Bundesratsverordnung beachtet wird, bilden gegenwärtig die Vorkäse auf dem Obst- und Gemüsemarkt. Wir haben einen guten Gemüsesommer. Fast überall gedeiht es reichlich. Besonders in leichten Böden hat der Regen in der besten Zeit des Wachstums sehr vorteilhaft gewirkt. Und trotz der guten Ernte sind die Gemüsepreise in den großstädtischen Markthallen von unbemittelten Hausfrauen kaum zu bezahlen. Wo liegt hier der Grund der Teuerung? Auch die Arbeitslöhne sind nicht teurer geworden;

vielfach sind in großen Gemüsegärtnereien an die Stelle der Männer, schlechter bezahlte Frauen getreten; und es fehlt nicht an ihnen. Die Fruchtlofen sind im allgemeinen die gleichen geblieben. Und trotzdem eine mehrfache Verdoppelung der Preise vor dem Kriege, ja selbst der Preise des vorigen Sommers! Beim Obst kann man die gleiche Beobachtung machen. Woher kommen diese Preise, wenn Kriegsgewinne nicht gemacht werden dürfen?

Nach den Bundesratsbestimmungen und ihren für gewisse Fälle sehr schweren Strafbestimmungen läßt sich jede die Kriegsnot ausnutzende Preisverdreher unterdrücken, aber sie müssen angewendet werden. Ueberall gibt es sogenannte Preisprüfungsstellen, aber ihre Tätigkeit hatte doch eigentlich bisher sehr wenig Erfolge. Man kann ruhig sagen, daß sie eine Bewehrung der Bevölkerung nicht verhindert habe. Vielleicht liegt das an einer falschen Organisation. Diese Preisprüfungsstellen nehmen eine viel zu abwartende Stellung ein. Sie warten auf Anzeigen, statt selbstständig eine ständige und genaue Kontrolle der Preise ihres Bezirks zu üben, um die Preistreiber zu ermitteln und zur Verantwortung zu ziehen.

Es wird von diesen Prüfungsstellen und den mit der Ueberwachung des Marktes und der Preisbildung betrauten anderen Behörden darauf hingewiesen, daß es zur genaueren Lösung der ihnen gestellten Aufgaben an Beamten fehle. Das ist zuzugeben. Aber aus welchem Grunde zieht man nicht viel mehr Privatpersonen ehrenamtlich oder gegen eine kleine Entschädigung für die Zwecke der Ueberwachung des Nahrungsmittelmarktes heran? Es gibt in jeder größeren Stadt und in jedem Bezirk geeignete Männer und Frauen in genügender Zahl. Man sollte sich auch hier von bürokratischen Ueberlieferungen frei machen und nicht des Glaubens sein, daß mit dem angestellten und approbierten Beamten die Reihe jener Leute aufhöre, die imstande sind, auch mit behördlichen Befugnissen ausgestattet im Dienste des öffentlichen Wohles tätig zu sein. Gerade die gegenwärtige Zeit lehrt, daß auch nach dieser Richtung in unserem Volke ungenutzt zahlreiche Kräfte in Wirksamkeit gesetzt werden können.

Sobald die Ueberwachung des Lebensmittel- und Warenmarktes in größerem Umfange stattfindet, wird man voraussichtlich auch die Preistreiber nicht erheblich einschränken können.

### Die preisregulierende Tätigkeit der Konsumvereine

Ist während der Kriegszeit überall zutage getreten. Neuerdings hat sich dies wieder einmal in Köln gezeigt. Dort hat sich kürzlich eine für die Verbraucher recht lehrreiche Sache abgepielt. Es wird darüber berichtet:

Bis zur Einführung der Brotrotation herrschte im Kölner Bezirk eine starke Konkurrenz auf dem Gebiete der Brotversorgung zwischen den beiden Konsumgenossenschaften „Eintracht“ und „Hoffnung“ einerseits und den privaten Brotfabriken andererseits. Um den Konsumvereinen die Mitglieder abzugewinnen, gaben die Brotfabriken 8 bis 10 Proz. Rabatt auf den Brotpreis. Als die Brotrotationierung in Kraft trat, führte die Stadt Köln ein strenges Mehlzuteilungssystem ein, nach dem jedem Bäcker, ohne Nachweis des Brotverkaufs, auf Grund seines Mehlverbrauchs vom 1. bis 15. Januar 1915 ein bestimmtes Quantum Mehl wöchentlich zugeteilt wurde. Durch dieses System war jede Konkurrenz ausgeschlossen, denn keiner konnte mehr Brot verkaufen, als er Mehl erhielt. Auf Grund dessen gingen die Brotfabriken dazu über, den bis dahin gewährten Rabatt aufzugeben. Nun wurde vom 1. Juli an das Marken-system eingeführt, nach dem die Bäcker entsprechend den abgelieferten Brotmarken Mehl erhalten. Damit lebte die Konkurrenz wieder auf, und Bäcker und Brotfabriken befürchteten, daß die Bürger Kölns beim Kaufe von Brot den Konsumvereinen zufließen würden, da 8 Proz. Rückvergütung immerhin 5 Pfa. pro Brot Verbilligung bedeutet.

Brotfabriken wie Bäcker haben die Stadtverwaltung beauftragt, ein Verbot des Rabattgebens zu erlassen. Das hat die Stadtverwaltung mit Recht abgelehnt. Dann hat die Bäckerinnung beschlossen, offiziell die Konsumgenossenschaften einzuladen, um eine Einigung über einen einheitlichen Brotpreis und Rabattaufgabe zu erzielen. Auch das lehnten die Konsumgenossenschaften ab. In Köln werden durchschnittlich per Tag 86 000 Brote zu 3 und 4 Pfund gebacken. Der Preis beträgt 65 Pfa. und 70 Pfa. 8 Proz. Rabatt macht pro Brot 52 Pfa. und 56 Pfa. Rechnen wir dann pro Brot 53 Pfa., so ergibt das per Tag 4558 Mk. oder per Jahr

1 651 880 Mk. Die Kölner Brotfabrikanten haben, da sie insgesamt sicher für 5 Millionen Mark Brot im Jahre herstellen, durch Rückgabe des Rabatts mindestens einen Mehrerlös von 500 000 Mk. erzielt.

Die Verbraucher kaufen in Köln nunmehr dort ihr Brot, wo es am billigsten zu haben ist. Die soziale Mission der Konsumvereine in der Lebensmittelverteilung ist durch diesen Fall unüberlegbar darzulegen.

Der Kölner Konsumentenausschuß hatte sich infolge dieser Vorgänge an die Bäckerinnungen von Köln, Mülheim und Ralf sowie an die Brotfabriken und Konsumgenossenschaften gewandt und eine Herabsetzung des Brotpreises um 5 Pfa. für das Brot angeregt, wobei er zur Begründung darauf hinwies, daß es den Genossenschaften möglich sei, mit einem niedrigeren Brotpreis auszukommen. Unter Berücksichtigung des Rabatts kostete das Feinbrot zu 3 Pfund bei den Bäckern 70 Pfa. bei den Genossenschaften 64,4 Pfa., das Schwarzbrot zu 4 Pfund bei den Bäckern 65 Pfa. und bei den Genossenschaften 59,8 Pfa. Wie in der Vorstandssitzung des Konsumentenausschusses bekanntgegeben wurde, lehnten die Innungen und die Brotfabriken jedwede Herabsetzung des Brotpreises ab, während die beiden Genossenschaften sich bereit erklärten, einer Vereinbarung mit dem Ziel einer allgemeinen Verbilligung des Brotes beizutreten zu wollen.

Aus diesem Vorfall, der durchaus nicht vereinzelt dasteht, geht wieder einmal deutlich hervor, welche große Vorteile der genossenschaftliche Zusammenschluß den Verbrauchern bietet. Und die Verbraucher werden sicherlich nach dem Kriege hieraus die entsprechende Lehre ziehen.

### Wohnung, Nahrung und Kleidung

bezeichnet unser alter Vorfürpfer Sabn-Burg im „Fabrik- und Handarbeiter“ mit gutem Recht als die unentbehrlichsten Erfordernisse zur Erhaltung des Lebens; keine von ihnen ist zu entbehren, wenn schon nicht alle drei sich mit gleicher Eindringlichkeit geltend zu machen wissen. Die steigende Kultur hat unsere Bedürfnisse verfeinert; wir essen das Getreide nicht mehr vom Kolm, sondern mahlen und baden es, wir hülsen uns auch nicht mehr in Tierfelle oder verdecken unsere Blößen hinter Feigenblättern, auch in Höhlen und Erdlöchern wohnen wir nicht mehr, aber oft ist das, was wir schönrednerisch als Wohnung bezeichnen, noch schlechter als ein armseliges Erdloch, weil das fehlt, was wir als notwendigstes Erfordernis einer gesunden menschlichen Wohnung brauchen, nämlich Luft und Sonnenlicht. „Wo die Sonne nicht hingehet, da muß der Arzt hin“, lautet ein altes wahres Sprichwort. Es würde zu weit führen, alle die schweren physischen, gesundheitlichen und moralischen Schäden aufzuführen, die auf das Wohnungs- elend zurückzuführen sind. An Laboranten und Sellkünstlern zur Milderung und Beseitigung dieser zu einem nationalen Uebel ausgewachsenen Mißstände ist kein Mangel; sie sind alt und längst bekannt. Der Staat, Gemeinden und Gesellschaften haben sich mit der Lösung all der hier in Betracht kommenden Einzelfragen schon seit Jahren, ja seit Jahrzehnten beschäftigt, für Genossenschaften und ihrer Aufgaben bewußte Arbeiterorganisationen gehört die Wohnungsfrage längst zu einem ständigen Verhandlungsobjekt ihrer Vereinistagungen. Auch die Deutschen Gewerbevereine haben seit langer Zeit, so auch auf dem letzten Winaften in Berlin stattgefundenen Verbandstage abermals sich mit der „Wohnungsfrage“ beschäftigt, und auf allen diesen Tagungen und in deren Entschließungen, in der Tagesliteratur, in Zeitchriften und gelehrten und unangelehrten Verhandlungen wurde eine Fülle neuer Gesichtspunkte, Anregungen und eindringlicher Forderungen laut, aber die Wohnungsnot besteht unvermindert fort, und sie wird, wenn unsere Feldgrauen nach dem Kriege in die Heimat zurückkehren, sich erst recht fühlbar machen. Hier muß mit durchgreifenden Mitteln gearbeitet werden. Die Wohnungsfrage ist nicht nur Gegenstand des persönlichen individuellen Interesses der minderbemittelten Volksschichten, sie droht durch Verfallmierung unseres Nachwuchses zu einer nationalen Gefahr auszuwachsen! Wir erwarten nicht alles Heil von „oben“, aber regere und tatkräftigere Hilfe als bisher muß bei dem besonderen nationalen Interesse an der Lösung dieser Frage auch vom Reiche, von den Staaten bis herab zu den Dorf- und Gemeindefürsorge erwartet werden; dann wird auch die auf diesem Gebiete sich bisher nur schwächend und vereinzelt zeigende Selbsthilfe besser Gelegenheit zu ihrer Betätigung finden. Die Wohnungsfrage kann aber nur dann voran kommen und auf durchgreifenden Erfolg rechnen, wenn das schwerste Hemmnis beseitigt wird, oder doch eine

dem Gemeinwohl entsprechende Aenderung erfährt, indem das heutige Bodenbesitzrecht einer unsern kulturellen sozialen und freiheitlichen Begriffen entsprechenden Reform unterzogen wird; ohne eine ganz erhebliche Verbilligung des Baulandes ist auf eine erhebliche Steigerung des Kleinwohnungsbaues nicht zu rechnen. Alle anderen Vorzüge zur Förderung des Wohnungsbaues, Erleichterung der Finanzierung, billigere, erleichterte Kreditgewährung, zeitweise oder gänzliche Befreiung von gewissen Realsteuern und noch viele andere gutgemeinte Vorschläge werden aber immer nur Palliativmittel bleiben, die nur kleine Volks- teile und nur vereinzelt anzuwenden vermögen, nicht das Volksganze. Bringt sich eine Bodenreform in dem oben angedeuteten Sinne zur Geltung, dann vermag sich auch die Selbsthilfe zu rühren, dann steht sie nicht mehr vor schier unübersteiglichen Hindernissen. Wir wissen zwar, daß sich dem von uns geforderten Radikalismus der viel- berufenen „heilige Egoismus“ in Stadt und Land mit aller Wucht entgegenwerfen wird, aber Lehrmeisterin Weltgeschichte hat uns schon viele andere nicht weniger bedeutende Dinge gelehrt, und sie wird auch den Bann, der auf dieser Unheilfrage bis jetzt lagerte, zu brechen wissen. Wir leben heute schneller als vor hundert Jahren.

### Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 25. August 1916.

An die Bergleute des Ruhrgebiets wendet sich folgender, von den vier Bergarbeiterorganisationen gemeinsam unterzeichneter Aufruf:

„Seit einiger Zeit wird von Elementen, die unseren Organisationen fernstehen, vielfach versucht, auch zu Unbesonnenheiten aufzureizen. Vorhandene Mißstände und die durch den Krieg herbeigeführten Erschwerungen der Lebenshaltung werden benutzt, um auch zum Streiken zu verleiten.“

Kameraden! Laßt euch nicht verführen! Ein allgemeiner Bergarbeiterstreik würde dem deutschen Volke das Durchhalten in dem ihm aufgedrungenen Kriege, bei dem alles auf dem Spiele steht, erschweren, den Feinden unseres Vaterlandes nützen, sie zur Weiterführung des mörderischen Streites aufstacheln und natürlich auch unseren Stand schädigen. Das darf nicht sein! Folgt deshalb nicht Unorganisierten! Lebt keinen Berrat an den Interessen des Vaterlandes und unseres Standes! Folgt den Organisationen! Sie vertreten eure Interessen, kennen ihre Verantwortung und tun ihr möglichstes. Wendet euch bei Beschwerden an sie, wartet ihre Schritte, Anweisungen und Erfolge ab! Vergeßt nicht, daß die große Masse der Unorganisierten den Hemmschuh auf dem Wege des Fortschritts bilden. Sie sind schuld, daß bisher nicht mehr erreicht wurde! Sorgt deshalb, daß auch sie sich der Organisation anschließen und ihre Kräfte nicht mehr gegen uns, sondern mit uns wirken!“

Traurig genug, daß in der jetzigen schweren Zeit derartige Kundgebungen überhaupt notwendig sind. Leider sind sie es! Von dem gefundenen Sinn der Bergleute aber darf erwartet werden, daß sie den Mahnungen ihrer gewählten Organisationen folgen und den gewissenlosen Scharfmachern die gebührende Antwort erteilen.

Auf Ersuchen der drei Textilarbeiterverbände hielt mit deren Vertretern der Herr Regierungspräsident in Frankfurt a. O. vor einigen Tagen eine Besprechung ab, an der auch mehrere Arbeitnehmerbeiräte aus örtlichen Unterstützungsausschüssen verschiedener laufender Städte teilnahmen. Den Arbeitervertretern wurde dadurch Gelegenheit gegeben, die Wünsche der Webstoffarbeiterfürsorge, die auf einen Ausbau der Webstoffarbeiterfürsorge hinauslaufen, ausführlich darzulegen. Zu wesentlichen wird von dieser Seite die Bildung einer den Ortsausschüssen übergeordneten und durch einen Regierungsbeamten geleiteten Bezirksstelle für die Webstoffarbeiterfürsorge angestrebt, in welche Abgeordnete der Unternehmer, der Arbeiter und der Gemeinden berufen werden sollen. Ferner wurde die Anpassung der Fürsorgeeinrichtungen an die seit Einführung der Fürsorge eingetretene Verteuerung des Lebensunterhalts als äußerst dringlich bezeichnet und auf die demnächst sicher zu erwartende Steigerung der Zahl völlig erwerbsloser Webstoffarbeiter hingewiesen. Nach Erörterung der von den Arbeitervertretern vorgetragenen Wünsche sicherte der Herr Regierungspräsident zu, der Angelegenheit weiter nachzugehen zu wollen.

Der B...  
tretung der  
Faden durch  
gezogen. E  
Reihen schu  
treter der  
legenheit h  
ihrer Mital  
Ausdruck z  
Deutschen  
Außerdem i  
sage, daß  
Ministern  
keiten finde  
nen Gelege  
gezeigt. Al  
verschieden  
tungen häu  
zur Erörter  
legen. Alle  
toge immer  
worden und  
alles aufzul  
fähigen Ge  
geben, in de  
ten fehlt es

Nun ist  
Partei  
dat zu über  
die Betrefe  
tätigt haben  
Wahlkampf  
zu tragen.  
hohe Person  
führer aus  
können. A  
Verbandsta  
für solche  
in einem ei  
kandidieren.  
gen Gewerl  
haffes Inte  
den Parlat  
dieses Inte  
den. Es  
staltet werd  
der Kandid  
So hat  
Zentralrat  
legen heran  
für diese Wi  
kann indess  
sehen, wei  
mit diesem  
find in eini  
Mitteilungen  
zu diesem  
durchaus  
und wir w  
gesteht und  
Dann ist sc  
der Zentral  
herantritt.  
willige  
lichen Gew  
gefordert z  
den Kollege

Für d  
sprechen die  
rungsanstal  
mit einem  
handelt sich  
Gese und a  
den Erfolg  
nannten I  
w a l d, ein  
gelangt, da  
Auf die Cir  
keinen Zwe  
Monaten ir  
geführt. E  
hergestellt.  
ten tägliche  
braucher ha  
bäden nach  
nicht bemer  
ren Bädere  
geben word

Der  
Bäckerinnu  
Nutzen des  
man nicht  
die Ersparr  
von der W  
wird es sich  
meister du  
wird, das  
bietet, die

Der Wunsch nach einer parlamentarischen Vertretung der Gewerkschaften hat sich wie ein roter Faden durch die Verhandlungen des Verbandstages gezogen. Es ist selbstverständlich, daß es in unsem Reichem schmerzhaft empfunden wird, daß die Vertreter der andern Organisationsrichtungen Gelegenheiten haben, die Wünsche und Beschwerden ihrer Mitglieder selbst in den Parlamenten zum Ausdruck zu bringen, während die Stimme der Deutschen Gewerkschaften dort nicht gehört wird. Außerdem ist es nun einmal eine feststehende Tatsache, daß Abgeordnete leichter den Weg zu den Ministern und andern maßgebenden Persönlichkeiten finden. Endlich hat sich auch bei verschiedenen Gelegenheiten gerade während des Krieges gezeigt, daß die mit einem Abgeordnetenmandat versehenen Vertreter anderer Organisationsrichtungen häufig besser unterrichtet waren über die zur Erörterung stehenden Dinge als unsere Kollegen. Alle diese Momente sind auf dem Verbandstage immer und immer wieder zur Sprache gebracht worden und haben sich zu dem Wunsche verknüpft, alles aufzubieten, um für die Zukunft auch befähigten Gewerkschaftskollegen die Möglichkeit zu geben, in den Parlamenten tätig zu sein. An Kräften fehlt es gewiß nicht.

Nun ist es natürlich Sache der politischen Parteien, einigen unserer Kollegen ein Mandat zu überlassen. Vorbedingung ist natürlich, daß die Betroffenen sich in der politischen Partei betätigt haben und organisiert sind. Die Kosten des Wahlkampfes haben die politischen Organisationen zu tragen. Zimmerlin aber erwünscht doch auch hohe persönliche Unkosten, die von einem Arbeiterführer aus der eigenen Tasche nicht gedeckt werden können. Aus diesen Erwägungen heraus hat der Verbandstag beschlossen, eine bestimmte Summe für solche Kollegen zur Verfügung zu stellen, die in einem einigermassen ausreichenden Wahlkreis kandidieren. Darüber hinaus aber sollen diejenigen Gewerkschaftskollegen, die ein besonders lebhaftes Interesse daran haben, daß wir Vertreter in den Parlamenten haben, Gelegenheit erhalten, dieses Interesse auch durch die Tat zu bekunden. Es sollen freiwillige Sammlungen veranstaltet werden, aus denen die persönlichen Unkosten der Kandidaten mit bestritten werden können.

So hat der Verbandstag beschlossen, und der Zentralrat wird zur gegebenen Zeit an die Kollegen herantreten und sie ersuchen, ihr Scherflein für diese wichtige Angelegenheit beizusteuern. Das kann indessen erst nach dem 1. Oktober geschehen, weil die Beschlüsse des Verbandstages erst mit diesem Termin in Kraft treten. Inzwischen sind in einigen Ortsvereinen, wie an uns gelangte Mitteilungen erkennen lassen, schon Sammlungen zu diesem Zwecke eingeleitet worden. Das ist durchaus anerkennenswert und nur zu billigen, und wir wünschen, daß diese Sammlungen fortgesetzt und an andern Orten nachgeholt werden. Dann ist schon ein kleiner Fonds vorhanden, wenn der Zentralrat mit seinem Appell an die Mitglieder herantritt. Die Gelder sind, da es sich ja um freiwillige Beiträge handelt, die mit den eigentlichen Gewerkschaftszwecken nichts zu tun haben, gesondert zu buchen; über ihre Einwendung wird den Kollegen noch eine Mitteilung ausgehen.

Für die Beibehaltung des Nachtbrotverbots sprechen die Erfahrungen, die man an der Verberickungsanstalt für Getreideverarbeitung in Berlin mit einem neuen „Gärverfahren“ gemacht hat. Es handelt sich dabei um Verjuche, Weißgebäck ohne Hefe und auch ohne Backpulver herzustellen. Ueber den Erfolg hat sich kürzlich der Direktor der genannten Verberickungsanstalt, Professor Dr. Buchwald, eingehend geäußert, der zu dem Schluß gelangt, das Verfahren wärmstens zu empfehlen. Auf die Einzelheiten desselben einzugehen, hat hier keinen Zweck. Jedenfalls wird es seit mehreren Monaten in der Bäckerei der Verberickungsanstalt durchgeführt. Es werden täglich etwa 2000 Gebäcke hergestellt. Das ist etwa der vierte Teil der gesamten täglichen Lieferung an Weißgebäck. Die Verbraucher haben bisher einen Unterschied in den Gebäcken nach dem alten und dem neuen Verfahren nicht bemerkt. Außerdem ist das Verfahren mehreren Bäckereien zur probeweisigen Einführung übergeben worden.

Der Vorstand des Zentralverbandes der Bäckereien bestreitet allerdings vorläufig den Nutzen des neuen Verfahrens. Darauf braucht man nicht allzuviel zu geben. Wenn es tatsächlich die Erparnisse an Getreide mit sich bringt, die ihm von der Verberickungsanstalt nachgerühmt werden, so wird es sich auch gegen den Widerstand der Zunftmeister durchsetzen. Und wenn, wie behauptet wird, das neue Verfahren außerdem den Vorteil bietet, die Nachtarbeit entbehrlich zu machen, so

könnte seine Anwendung auch im Frieden nicht dringend genug empfohlen werden.

**Militärische Schlichtungsausschüsse.** Wie in andern Bezirken, sind neuerdings auch im Bereich des 11. Armeekorps in Thüringen Schlichtungsstellen zur Beilegung von Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern bei der Ausführung von Speereslieferungen errichtet worden, und zwar an folgenden Orten: Abolba, Arnstadt, Coburg, Eisenach, Erfurt, Jena, Gera, Gotha, Greiz, Mühlhausen i. Th., Nordhausen, Nüßla, Saalfeld a. Saale, Salzungen, Schmalfelden, Sömmerda, Suhl, Weimar und Zella-St. Blasii. Die Grundlage der aufgestellten Bestimmungen ist nach der Dresd. Volksztg. folgende:

Die Arbeiter sollen gehalten werden, nicht ohne Einwilligung des Unternehmers die Entlassung nehmen zu können. Wegen der Verweigerung des Entlassungsscheines kann der Arbeiter die Schlichtungsstelle anrufen. Der Arbeiter darf vor der Entscheidung der Schlichtungsstelle die Arbeit nicht aufgeben. Die Schlichtungsstelle muß innerhalb einer Woche entscheiden; sie kann eventuell selbst den Entlassungsschein sofort ausstellen. Nimmt der Arbeiter seine Entlassung entgegen der Entscheidung der Schlichtungsstelle, so sollen ihn andere Unternehmer innerhalb einer beschränkten Frist nicht einstellen dürfen. Für die einzelnen Schlichtungsstellen ernannt das Generalkommando Vertrauensmänner. Diese haben nur die Beschwerden der Antragsteller auf Entlassungsscheine entgegenzunehmen, den Antragstellern mitzuteilen, daß sie bis zur getroffenen Entscheidung in der Arbeitsstelle bleiben müssen, und die Beschwerde gegen die Anträge an den vom Generalkommando ernannten Schiedssoffizier weiterzugeben. Der Schiedssoffizier ladet die Parteien zu den Verhandlungen und entscheidet allein. Einsprüche werden nicht ernannt. Ein Schiedssoffizier hat alle Verhandlungen und Entscheidungen an den Orten der genannten Schlichtungsstellen zu erledigen.

Zu den Verhandlungen kann der Unternehmer selbst erscheinen oder er kann einen seiner Beamten als Vertreter entsenden oder als Vertreter ambringen. Der Arbeiter kann seine Sache ebenfalls selbst vertreten oder einen Vertreter an der Verhandlung teilnehmen lassen. Der Vertreter des Arbeiters darf nur von den Arbeitern aus irgendeinem in der Umgebung der Schlichtungsstelle befindlichen Betriebe entsenden werden. Berufsvertreter sind als Vertreter ausgeschlossen.

Das Bestreben, durch Errichtung vieler Schiedsstellen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern Zeit und Geld für Reisen zu sparen und durch Übertragung an einen einzigen militärischen Schiedsrichter die Entscheidung zu beschleunigen, verdient unbedingt Anerkennung. Trotzdem halten wir es mit der „Soz. Prax.“ für zweckmäßiger, für die Entscheidung selbst Vertrauensleute der Unternehmer und Arbeiter heranzuziehen.

Auch das stellvertretende Generalkommando des 18. Armeekorps hat einen Kriegsaussschuß für die Metallindustrie. Mit dem Sitz in Frankfurt a. M. errichtet. Der Ausschuß hat den Zweck, sich hauptsächlich zu kriegswirtschaftlichen Fragen in der Metallindustrie zu äußern und etwa auftretende Schwierigkeiten, die innerhalb der Betriebe oder durch die beteiligten Organisationen nicht erledigt werden, beizulegen. Den Vorsitz des paritätisch besetzten Ausschusses führt ein Vertreter des stellvertretenden Generalkommandos. Als Mitglieder sind Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der beteiligten Kreise und Organisationsstellen bestellt. Der Ausschuß soll mit dazu dienen, die hohe Leistungsfähigkeit der Kriegsindustrie unter allen Umständen zu sichern.

Ueber die Wirkungen des Sparzwanges für Jugendliche in Berlin hat sich kürzlich der Leiter des Vormundschaftsamt der Stadt Berlin, Magistratsrat Dr. Schönberger, eingehend geäußert. Er schildert die gewaltige Aufgabe, die mit der Einführung des Sparzwanges der Stadt Berlin gestellt wurde. Sind doch dort etwa 90 000 Jugendliche im Alter von 14—18 Jahren erwerbsfähig. Die Schwierigkeit der Durchführung wurde dadurch erhöht, daß ursprünglich den Jugendlichen auch in Berlin nur 18 Mark von ihrem Lohn und ein Drittel des Mehrbetrages auszuzahlen werden sollte, und daß eine Befreiung vom Sparzwang auch dann nicht möglich war, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse des Jugendlichen und seiner Angehörigen eine solche Befreiung rechtfertigten. Nur von dem bereits angesammelten Sparguthaben darf in Ausnahmefällen ein bestimmter Betrag freigeeben werden.

Die Zahl der in den ersten sechs Wochen gestellten Anträge auf Freigabe betrug 4241, während zu gleicher Zeit 19 316 Personen ein Zwangsparaguthaben bei Berliner Sparkassen besaßen. Anfang Juli war die Zahl der Freigabeanträge auf 7230 und die Zahl der jugendlichen Zwangsparater auf 22 288 gestiegen. Von den eingezahlten

Beträgen waren mehr als 11 Proz. zurückgezahlt. Die Verhandlungen des Reichstages und die sonstigen öffentlichen Auseinandersetzungen über den Sparzwangserlaß sollen eine bedeutende Steigerung der Freigabeanträge hervorgerufen haben.

Dr. Schönberger erblickt in den Wirkungen des Sparzwanges, soweit nach zwei monatigem Bestehen überhaupt ein Urteil möglich ist, einen vollen Erfolg. Nach seiner Meinung würden die Jugendlichen selbst und auch ihre Angehörigen den Wert des Sparzwanges erst nach Beendigung des Krieges voll erfassen. Nach einer Sparzeit von nur zwei Monaten gehörten Guthaben von 100—250 Mark nicht zu den Seltenheiten. Das sei ein kostbarer Spargewinn, wenn die Männer aus dem Felde zurückkehrten und damit für die Jugendlichen die Zeiten der jetzigen hohen Verdienste vorüber seien.

Ueber unsere Viehbestände hat das Kaiserlich Statistische Amt kürzlich Angaben veröffentlicht, die sich auf die Viehzählung vom 1. Dezember 1915 beziehen, und sie der Zählung vom 1. Dezember 1914 gegenüberstellt. Danach ergibt sich folgendes Bild:

	1915	1914
Pferde (ohne Militärpferde)	3 341 624	3 435 283
Kälber unter 3 Monaten	1 396 767	2 069 802
Jungvieh bis zu 2 Jahren	6 457 093	6 858 139
Bullen, Stiere und Ochsen	1 493 079	1 597 850
Rühe	10 970 009	11 320 992
Rindvieh überhaupt	20 316 948	21 828 783
Schafe	5 073 478	5 471 468
Schweine	17 287 211	25 341 272
Ziegen	3 438 296	3 538 414

Wir haben somit bei allen Tierarten einen Rückgang aufzuweisen, der jedoch nicht gleichmäßig ist. Während der Rindviehbestand um circa 1 1/2 Millionen gesunken ist, ist dies bei den Schweinen um mehr als 8 Millionen der Fall. Insbesondere ging die Zahl der Ferkel und Jungschweine zurück. Am 1. Dezember 1914 hatten wir 14 695 391 Stück der bezeichneten Art, ein Jahr später aber nur 9 587 290 Stück. Aus dieser Zahl ergeben sich die Schwierigkeiten der diesjährigen Fleischversorgung mit aller Deutlichkeit, zumal vom Dezember bis Ostern dieses Jahres größere Mengen Rindvieh zur Abschachtung gelangt sind.

**Invalidentrentner und Erntearbeiten.** Immer noch kommt es vor, daß Rentenempfänger Bedenken tragen, sich regelmäßig an Arbeiten zu beteiligen, für die ihre Kräfte an sich noch ausreichen, in der Befürchtung, daß daraus Anlaß zur Rentenentziehung genommen werden könnte. Eine solche Auffassung könnte insbesondere gegenwärtig, wo die Ernte alle Arbeitskräfte erfordert, besonders nachteilig wirken. Es wird kaum eine Verberickungsanstalt daran denken, die zeitweilige Verberickung von Erntearbeiten zum Anlaß der Rentenentziehung zu machen. Ebensowenig werden Berufsvereinigungen aus solchen Gründen eine Rentenminderung eintreten lassen. Deshalb stehen gewiß nicht die geringsten Bedenken entgegen, daß Rentenempfänger sich bei der Einbringung der Ernte beteiligen, soweit ihre Kräfte es ihnen nur irgend gestatten.

Sollten sich wider Erwarten aus dieser Beschäftigung Bestrebungen geltend machen, Renten zu kürzen, so werden die Organisationen sicherlich alles tun, um dem entgegenzutreten.

## Aus dem Verbands.

**Stuttgart-Gannkatt.** Der Ortsverband der Deutschen Gewerkschaften hielt am 13. August seine gut besuchte Versammlung ab mit einem Vortrag des Bezirksleiters Kollegen Rieger-Augsburg über das Thema: „Die Arbeiterorganisationen vor, während und nach dem Krieg“. Der Vorsitzende, Kollege Junfer, eröffnete die Versammlung mit einer Begrüßung der anwesenden Mitglieder und ihrer Frauen sowie der Gäste und hieß sie alle herzlich willkommen. Dann erteilte er dem Referenten das Wort zu seinem Vortrag. Der Referent schilderte in sachlicher Weise, was die Arbeiterorganisation schon vor dem Krieg geleistet, wie sie die Arbeitermassen zusammenschloßen und aufgeklärt hat. Leider aber haben viele Arbeiter es nicht verstanden, diese Aufgabe der Organisation recht zu würdigen; deshalb sind sie abseits geblieben, in dem Glauben, sie könnten auch ohne Organisation fortkommen und ihre Interessen selbst vertreten. Als dann der Krieg ausbrach und die Einigkeit im ganzen deutschen Vaterlande, auch unter den verschiedenen Organisationen eintrat, da glaubten manche, nun erst recht seien die Organisationen überflüssig geworden. In Wirklichkeit aber zeigte es sich gerade in dem jetzigen Kriege, was die Arbeiterorganisationen geleistet haben. Ihren Anregungen bezüglich des Ausbaues der sozialen Aufgaben, in der Arbeiterversicherung, der Arbeiter- und Arbeiterinnen-Schutzgebung, der Regelung der Frauenarbeit u. dergl. m. ist so mancher Fortschritt zu danken. Aber nicht genug damit! Wo es galt, Verbesserungen zu schaffen, war immer die Arbeiterorgani-

